

Heiner Karuscheit

Die verlorene Demokratie



VSA:

Der Krieg und die
Republik von Weimar



Heiner Karuscheit
Die verlorene Demokratie
Der Krieg und die Republik von Weimar

Heiner Karuscheit schreibt seit mehr als 30 Jahren zu Fragen der Geschichte und Politik. Dieser Band schließt an sein Buch »Deutschland 1914. Vom Klassenkompromiss zum Krieg« (VSA: 2014) an. Ebenfalls im Frühjahr 2017 erschien von ihm (zusammen mit Alfred Schröder) bei VSA: »Das Revolutionsjahr 2017. Bolschewiki, Bauern und die proletarische Revolution«.

Heiner Karuscheit

Die verlorene Demokratie

Der Krieg und die Republik von Weimar

VSA: Verlag Hamburg

www.vsa-verlag.de

© VSA: Verlag 2017, St. Georgs Kirchhof 6, D-20099 Hamburg

Alle Rechte vorbehalten

Umschlagabbildung: Fotograf hinter Wassertonne, um 1930 (Bundesarchiv Bild 183-1984-0822-503 CC BY-SA 3.0 de)

Druck und Buchbindearbeiten: CPI Books GmbH, Leck

ISBN 978-3-89965-765-4

Inhalt

Vorbemerkung..... 9

Teil 1: Die inneren Triebkräfte des Kriegs 1914-18

Kapitel 1: Auflösung der Bismarckschen Herrschaftsordnung 14

Bruch des Reichsgründungskompromisses 15

Eine Hegemoniekrise 17

Flucht in den Krieg 20

Kapitel 2: Krieg um Herrschaft und Annexionen 25

Innere Kriegsziele 25

Äußere Kriegsziele 29

Kapitel 3: Von den Siegesplänen zum ersten Friedensversuch 35

Fehlschlag der Siegespläne 35

US-Friedensvermittlung und U-Boot-Krieg 39

SPD-Spaltung und Osterbotschaft 45

Kapitel 4: Um Frieden und Macht: die Julikrise 1917 50

Gleichgewicht der Kriegsgegner 50

Die Friedensinitiative des Vatikans 51

Eine monarchisch verbrämte Umwälzung 54

Teil 2: Auf dem Weg nach Weimar

Kapitel 5: Allianz für einen Kanzlersturz und den Sieg 60

Die Kriegspolitik von SPD und Zentrum 61

Der Kanzlersturz 65

Ende der Friedensbemühungen 69

Kapitel 6: Die Grundlegung der Republik	73
Eine bescheidene Parlamentarisierung	73
Die Farce der preußischen Wahlrechtsreform	75
Ein konterrevolutionärer Zeugungsakt	76
Kapitel 7: Vom Triumph zur Herrschaftssicherung	79
Brest-Litowsk – ein letzter Triumph Preußens	79
Die USA als Friedensschiedsrichter	82
Parlamentarische Verantwortlichkeit auf Kommando	83
Teil 3: Die Grundlegung der Republik	
Kapitel 8: Revolution und Konterrevolution 1918/19	88
Eine ungewollte Republik	88
Die Regierung der Volksbeauftragten	94
Die Politik der revolutionären Linken in der Novemberrevolution ...	113
Zum Charakter von Revolution und Republik	118
Kapitel 9: Die außenpolitische Konstellation	125
Die USA auf dem Sprung nach Europa	125
Eine neue europäische Ordnung	128
Deutsche Revisionspolitik	130
Kapitel 10: Die Stellung der Klassenkräfte zur Republik	134
Die Ungleichzeitigkeit der Gesellschaft	134
Das rechte Lager	147
Das bürgerliche Lager	150
Die zwei Flügel der Arbeiterbewegung	154
Teil 4: Ein Staat ohne »contrat social«	
Kapitel 11: Umstellungskrisen der Nachkriegszeit (1919-1923)	162
Der Kapp-Lüttwitz-Putsch	163
Rapallo-Politik, Inflation und die Märzaktion der KPD	170
Ein Kampf um Versailles an der Ruhr	174
Letzte Umsturzversuche	177

Kapitel 12: Realpolitik gegen Versailles (1923-1928)	183
US-Hegemoniestreben und ein Schwenk der DVP	183
Ein amerikanischer Frieden: Dawes-Plan und Locarno-Verträge	186
Der Schein der Stabilisierung	189
Kapitel 13: Angriff auf die Republik (1928-1932)	198
Die Reichstagswahl 1928 und der Ruhreisenstreit	198
Der Young-Plan als Scheidepunkt	204
Brüning als Übergangskanzler	208
Kapitel 14: Das Ende von Versailles und der Demokratie (1932-1933)	215
Auf dem Weg zu einem »neuen Staat«	215
Vom Preußenschlag zum Kanzlergeneral Schleicher	219
Die Machtübergabe an Hitler	228
Ratlosigkeit der KPD	231
Teil 5: Schluss	
Kapitel 15: Erklärungen des Untergangs	236
Die Wirtschaftskrise als Ursache des Scheiterns	236
Die »Handlungsmacht der Politik«	240
Der Begriff des Monopolkapitals als Erklärung	242
Literatur	245

Vorbemerkung

*Dass ich erkenne, was die Welt
im Innersten zusammenhält.*

»Das Alte und Morsche, die Monarchie ist zusammengebrochen. Es lebe das Neue! Es lebe die Deutsche Republik!« Mit diesen Worten rief der SPD-Führer Philipp Scheidemann am 9. November 1918 kurz nach 14.00 Uhr von einem Fenster des Berliner Reichstags die Republik aus, um Karl Liebknecht zuzuvorkommen, der zwei Stunden später die *Sozialistische* Republik verkündete. In seinen *Erinnerungen eines Sozialdemokraten* fährt Scheidemann fort: »Schier endloser Jubel ertönte. Dann setzten sich die Massen in Bewegung nach dem Schloss. Die bolschewistische Welle, die an diesem Tage unser Vaterland bedrohte, war gebrochen! Die Deutsche Republik war in den Köpfen und Herzen der Massen lebendig geworden.«

14 Jahre später ging die »in den Köpfen und Herzen der Massen lebendig gewordene« Republik nach jahrelangem Siechtum unter, aber die Massen, die am 30. Januar 1933 einen neuen Staat bejubelten, taten dies nicht unter den roten Fahnen des Bolschewismus, sondern unter den Hakenkreuzbannern des Nationalsozialismus.

Das Problem, warum die erste Demokratie in Deutschland so kurzlebig war, gewinnt nicht nur wegen des anstehenden hundertsten Jahrestags der Republikgründung an Aktualität, sondern vor allem, weil sich im Niedergang der Volksparteien und der wachsenden Distanz zu »denen da oben« eine neuerliche Abwendung der Massen von der (bundesrepublikanischen) Demokratie manifestiert, die zwar nicht so spektakulär verläuft wie in der Zwischenkriegszeit, aber nicht minder drängende Fragen nach der künftigen Entwicklung aufwirft.

Als Ursachen des damaligen Untergangs sind die verschiedensten Gründe ausgemacht worden, vom Versailler Vertrag über Konstruktionsfehler der Verfassung, die Folgen der Weltwirtschaftskrise und die Spaltung der Arbeiterbewegung bis hin zur Faschismusneigung des Monopolkapitals. Aber auch andere Staaten entstanden unter schwierigen Bedingungen und überlebten schwere Verwerfungen, so etwa die 1870 ebenfalls aus einer Kriegsniederlage hervorgegangene Dritte Republik in Frankreich. Warum gelang dies der 50 Jahre später entstandenen Republik von Weimar nicht?

Angesichts der Vielzahl widriger Einflüsse hat sich die Überzeugung ausgebreitet, dass der Niedergang nicht auf einen Hauptgrund zurückzu-

führen ist, sondern *multikausal* bedingt war, also gemäß dem Motto »viele Hunde sind des Hasen Tod« aus einer Akkumulation von Störfaktoren folgte. Doch welchen Erklärungswert hat diese Multikausalitätstheorie? Trägt nicht jedes größere geschichtliche Ereignis komplexen Charakter und besteht die Aufgabe der Geschichtswissenschaft nicht darin, das vergangene Geschehensknauel zu entwirren und das darin verborgene Handlungsmuster zu erkennen? Bedeutet der Multikausalitätsverweis also nicht eine Kapitulation vor der Aufgabenstellung, dem Wesen der Dinge historisch auf den Grund zu gehen?

Der Ansatz der hiermit vorgelegten Studie geht davon aus, dass die Geschichte Weimars nur im Zusammenhang mit einer Herrschaftskrise zu begreifen ist, die 1909 durch den Bruch des bis dahin wirksamen Reichsgründungskompromisses zwischen den Trägern des Deutschen Reichs einsetzte. Auf ihrem Boden kam es sowohl zum Ersten Weltkrieg als auch zur Gründung der Republik. Weil es nicht gelang, die auseinanderstrebenden gesellschaftlichen Kräfte durch einen neuen »contrat social« zusammenzuhalten, war der neue Staat zum Untergang verurteilt und konnte nur wenige Jahre überleben.

Der Moment, als das innere Gefüge der von Bismarck begründeten Herrschaftsordnung zerbrach und lediglich die äußere Fassade des Kaiserreichs bestehen blieb, ist in dem Buch »Deutschland 1914. Vom Klassenkompromiss zum Krieg« ausführlich untersucht worden. Deshalb beschränken wir uns hier auf eine Zusammenfassung, um sodann das Fortwirken der 1909 freigesetzten Kräfte im Krieg und über den Krieg hinweg in den 14 Jahren der Republik nachzuzeichnen.

Das Ringen um einen Ausweg aus der Hegemoniekrise machte die Geschichte Weimars zu einer Zeit voller Umbrüche, die hier nicht im Einzelnen nachzuzeichnen sind. Die Studie konzentriert sich auf den roten Faden, der die Geschehnisse bis zu dem Zeitpunkt durchzieht, an dem der Nationalsozialismus mit der Kanzlerschaft Adolf Hitlers an die Errichtung eines neuen Staats ging. Dabei interessieren vor allem die Knotenpunkte der Entwicklung. So wird z.B. die Julikrise 1917 ausführlich erörtert, nicht weil hier der Grundstein für die Republik gelegt wurde (was unbestritten ist), sondern weil dieses Fundament anderen Charakter trug als gemeinhin unterstellt. Nicht nur war der Krieg eine Fortsetzung der Politik mit anderen Mitteln, umgekehrt gilt ebenso, dass die Republik eine Fortsetzung der im Krieg entstandenen Klassenkonstellation war. Dagegen werden andere Ereignisse nur gestreift; für eine weitergehende Beschäftigung

mit dem Thema stehen die Geschichtswerke über die Zwischenkriegszeit zur Verfügung. Besonderes Augenmerk gilt der Politik der KPD, deren unbegriffene Niederlagen von 1918/19 und 1933 sich nicht zuletzt in der Geschichtsschreibung der DDR widerspiegeln.

Die Geschichte des NS-Staats ist zu gegebener Zeit in einem weiteren Buch zu behandeln. Dort ist auch der Ort, um sich mit den Theorien über den Faschismus auseinanderzusetzen, deren Nachwirkungen bis heute andauern. Hier beschäftigen wir uns mit der Frage, warum die Republik entgegen der hoffnungsfrohen Ankündigung Scheidemanns nicht »in den Köpfen und Herzen der Menschen lebendig« wurde.

Kapitel 15

Erklärungen des Untergangs

Das Scheitern der Weimarer Demokratie hat bis heute eine unübersehbare Fülle von Publikationen hervorgebracht.²⁸¹ Als übergreifender Erklärungsansatz hat sich die Multikausalitätstheorie eingebürgert, der zufolge ein komplexes Ursachengeflecht der Republik zum Verhängnis wurde.²⁸² Da jedoch alle größeren geschichtlichen Ereignisse eingebettet sind in eine Vielzahl von Ursachen und Bedingungen, erscheint die bloße Addition geschichtlicher Faktoren als Begründung wenig aussagekräftig. Dem entgegen wurde hier der Versuch unternommen, die Vielfalt des historischen Geschehens als Geschichte von Klassenkämpfen zu entwickeln, beginnend mit dem Jahr 1909, als das Auseinanderfallen des bis dahin existierenden Herrschaftsbündnisses alle gesellschaftlichen Kräfte gegen- und miteinander in Bewegung setzte – eine Bewegung, deren Ausgang niemand vorher-sagen konnte.

Um die Thematik zu vervollständigen, wenden wir uns zum Abschluss noch zwei bzw. drei eigenen Erklärungsversuchen zu. Zum einen ist dies eine ökonomische Herleitung, welche die Ursache des Untergangs in der großen Wirtschaftskrise von 1930ff. sieht; in diesem Zusammenhang beschäftigt uns auch eine neuerliche Kritik daran. Der andere Erklärungsansatz stammt von der KPD/SED und stellt das Wirken des Monopol- bzw. Finanzkapitals ins Zentrum.

Die Wirtschaftskrise als Ursache des Scheiterns

Neben der Multikausalitätstheorie bzw. in Verbindung damit macht eine weitverbreitete Auffassung die wirtschaftliche Entwicklung für den Untergang Weimars verantwortlich, gemäß dem Ansatz, dass »erst unter dem Druck der beginnenden Weltwirtschaftskrise ... jene fatalen politischen Entscheidungen (fielen), durch die sich die offene Situation immer mehr zu einer schlechten, wenn auch bis zum Ende nie aussichtslosen Zukunftspers-

²⁸¹ Siehe hierzu die Forschungsübersichten von Kolb/Schumann und Wirsching.

²⁸² Vgl. Kolb/Schumann, S. 277; Büttner, S. 498

spektive für die Republik verengte«. ²⁸³ Weil die Wirtschaftskrise und das Ende Weimars sich zeitlich überschneiden, scheint die Herleitung des Zusammenbruchs der Demokratie aus der Ökonomie heraus auf den ersten Blick naheliegend zu sein.

Historisch ist eine Voraussetzung dieser These die Interpretation der Jahre vor der Wirtschaftskrise als Phase einer relativen Stabilisierung: Scheinbar trat die Republik nach 1923 in einen Festigungsprozess ein, der – so die zuversichtliche Annahme – die Demokratie sturmfest gemacht hätte, wenn nicht unglücklicherweise die Wirtschaftskrise dazwischenge treten wäre.

Jedoch sind die Jahre von 1923 bis 1929/30 lediglich aufgrund des Fehlens von Aufstandsversuchen als ruhig zu bezeichnen. Tatsächlich war der Reichstag zu keinem Zeitpunkt zu einer stabilen Mehrheitsbildung in der Lage, sodass mit den dauernden Regierungswechseln die Zersetzung der parlamentarischen Demokratie voranging und mittlerweile auch die historische Forschung die Stabilisierungsthese anzweifelt. »Die neuere Forschung macht Schritt für Schritt die Entdeckung, dass es auch in den wenigen ›guten‹ Jahren der Republik, nämlich in den Jahren der sogenannten relativen Stabilisierung, zu einer wirklichen Stabilisierung des politischen Systems, der wirtschaftlichen Verhältnisse und des sozialen Gefüges nicht gekommen ist.« ²⁸⁴ Damit korrespondiert, dass sich die Symptome eines »kollektiven Austritts aus dem republikanischen Konsens ... seit Mitte der zwanziger Jahre zuerst und vor allem in der Provinz (häuften), auf dem platten Lande und in jenem Netzwerk von Kleinstädten, wo immer noch die Mehrheit der Deutschen lebte«. ²⁸⁵

Darüber hinaus zeigt der Ereignisablauf, dass nicht erst die Wirtschaftskrise Ende 1929, sondern bereits die Reichstagswahl vom Mai 1928 die Untergangphase der Republik einläutete. Nur an der Oberfläche konnte nach der Wahl die Bildung der Großen Koalition unter Führung eines SPD-Kanzlers einen anderen Anschein erwecken. Doch das Zustandekommen dieser letzten parlamentarisch gebildeten Regierung bedeutete keine innenpolitische Stabilisierung, sondern resultierte aus außenpolitischen Erwägungen, weil die anstehenden Reparationsverhandlungen einen großen Schritt im Abbau des Vertrags von Versailles erwarten ließen und eine par-

²⁸³ Büttner, S. 507

²⁸⁴ Kolb/Schumann, S. 212

²⁸⁵ Peukert, S. 227f.

lamentarische Regierung als Aushängeschild nahelegten. »Die Weichen der inneren Politik waren bereits in Richtung auf eine Abkehr vom parlamentarischen System gestellt, als die verheerenden ökonomischen Folgen der Weltwirtschaftskrise in Deutschland spürbar wurden.«²⁸⁶

Augenfällig wird die ökonomische Fehlinterpretation der historischen Zusammenhänge, wenn es in einem jüngst erschienenen Werk über die Geschichte Deutschlands im 20. Jahrhundert heißt: »Als mit der einsetzenden Weltwirtschaftskrise nicht nur die Verteilungsmasse, sondern auch die Macht der Gewerkschaften schwand, kündigte die Unternehmerseite die 1918 getroffenen Vereinbarungen auf.«²⁸⁷ Mit den 1918 getroffenen Vereinbarungen ist das Stinnes-Legien-Abkommen« vom November 1918 gemeint, als das große Kapital sich zur Anerkennung der Gewerkschaften, dem Abschluss von Tarifverträgen und der Einrichtung der »Zentralen Arbeitsgemeinschaft« als Institution des Sozialkompromisses bereit erklärte, um seine Enteignung zu verhindern. Doch diese Vereinbarungen wurden nicht aufgrund wirtschaftlicher Zwänge aufgekündigt. Die Kapitaleseite wandte sich bereits Anfang der 1920er Jahre von der ZAG wieder ab, als mit dem Abflauen der revolutionären Welle die Enteignungsdrohung vorüber war. Die letzten Überreste der Verständigung fielen mit dem Ruhreisenstreit 1928, als die schwerindustrielle Führungsfraktion des Kapitals daran ging, den Generalangriff auf die von Beginn an bekämpfte Republik zu organisieren. Nicht die 1929/30 einsetzende Weltwirtschaftskrise verursachte also das Ende des Klassenkompromisses, sondern dem lagen tieferliegende historische Entwicklungen zugrunde.

Das Schicksal der Republik von Weimar lehrt, dass das historische Geschehen sich nicht aus dem Konjunkturverlauf ableiten lässt. Die Ökonomie liefert den allgemeinen Rahmen bzw. die grundlegenden Voraussetzungen für die Herausbildung und den Gestaltwandel der Klassen und Schichten. Aber um die Vergangenheit zu begreifen, muss das Auftreten der gesellschaftlichen Kräfte als solches, ihr Wirken mit- und gegeneinander untersucht werden, und in diesem Zusammenhang stellt die wirtschaftliche Entwicklung nicht mehr als einen Baustein unter anderen dar. Nur auf diese Weise lassen sich die vierzehn Jahre von Weimar als Geschichte von Klassenkämpfen enträtseln.

²⁸⁶ Hans Mommsen, S. 329

²⁸⁷ Herbert, S. 233

Zwischen Ost und West

Nicht zuletzt widerspricht der ökonomischen Ursachenbehauptung für das Scheitern Weimars ein Blick auf die anderen bürgerlichen Staaten. Sowohl Großbritannien als auch Frankreich und die USA wurden von der Weltwirtschaftskrise ebenso ergriffen wie Deutschland, aber in keinem dieser Staaten ging die Demokratie unter. Im Unterschied zu Deutschland hatten diese Länder eine bürgerliche Revolution hinter sich und waren Gesellschaft und Staat gegenüber den vorbürgerlichen bzw. nichtdemokratischen Kräften widerstandsfähiger.

Besonders aufschlussreich ist ein Vergleich mit den Vereinigten Staaten von Amerika. In den USA machte sich die Wirtschaftskrise ebenso verheerend wie in Deutschland bemerkbar. Aber hier gelang es Franklin D. Roosevelt auf dem Höhepunkt der Krise Anfang der 1930er Jahre, mit dem »New Deal« gegen den Widerstand des großen Kapitals einen Klassenkompromiss zwischen Bourgeoisie, Proletariat und Bauernschaft zu etablieren, der die innere Stabilität des Staates in bürgerlichem Sinn auf Jahrzehnte hinaus sicherte und dazu beitrug, dass die USA den zweiten Weltkrieg anders als 1917/18 von Anfang bis Ende durchstehen und die Hegemonie über den Westen erringen konnten.

Dagegen weist die Entwicklung der Weimarer Republik viele Parallelen zu den agrarisch geprägten Ländern im Osten, Südosten und Süden Europas auf, wo das parlamentarische Herrschaftssystem ähnlich instabil wie in Deutschland war und nach dem Krieg bald in Regierungswechseln und Staatsstreichen zugrunde ging. Nur vom Standpunkt der Ökonomie aus fällt diese Schicksalsgleichheit nicht sofort ins Auge, weil diese Länder wirtschaftlich zurückgeblieben waren, während Deutschland zu den kapitalistisch fortgeschrittensten Ländern gehörte und in vielen Bereichen der großen Industrie sogar eine führende Stellung einnahm. Aber *gesellschaftspolitisch* war es den westlich-kapitalistischen Ländern gegenüber zurückgeblieben und wies mehr Gemeinsamkeiten mit den wenig entwickelten Ländern Europas auf. Diese Diskrepanz zwischen industrieller Entwicklung und gesellschaftlicher Rückständigkeit meinte der marxistische Philosoph Ernst Bloch, als er Deutschland ein Land der *Ungleichzeitigkeit* nannte.

In den agrarisch geprägten Ländern des europäischen Südens und Ostens ging der Parlamentarismus schon in den 1920er Jahren zugrunde. Der Grund, dass er in Weimar ein paar Jahre länger überlebte, »hing vor allem mit der reparations- und finanzpolitischen Abhängigkeit des Deutschen Reiches zusammen, welche die politische Rechte vor dem Sommer 1932

daran hinderte, den Bruch mit der Verfassung offen zu vollziehen und die Macht an sich zu reißen.«.²⁸⁸ Als die Reparationsverpflichtungen aufgehoben waren und die Weltkriegssiegermächte Deutschland die militärische Gleichberechtigung zugestanden hatten, gab es keinen Grund mehr, die Demokratie beizubehalten.

Die »Handlungsmacht der Politik«

Die Behauptung, dass der Untergang der Republik eine Folge der Wirtschaftskrise war, wird auch von einer anderen Seite aus zurückgewiesen.²⁸⁹ In dem Versuch, eine neuerliche Diskussion über den Untergang Weimars in Gang zu setzen, geht Tim B. Müller davon aus, dass die Republik nicht durch »ökonomische Zwangslagen« vernichtet wurde, sondern durch »die Handlungsmacht der Politik«.

Diese »Handlungsmacht der Politik«, d.h. die Berufung auf die souveränen Entscheidungen der politisch maßgeblichen Personen bzw. Parteien, wird mit der Behauptung begründet, dass die Demokratie nach dem Ersten Weltkrieg in Deutschland zur »neuen Normalität« geworden sei. War die Demokratie jedoch einmal zum Normalzustand der Gesellschaft geworden, so der Gedankengang des Autors, konnte sie nicht mehr durch eine vorübergehende Wirtschaftskrise zu Fall gebracht werden, sondern nur »durch die gezielte Zerstörung gesellschaftlicher Grundkompromisse, durch politisches Handeln am Ende der Republik«.

Doch wie begründet der Autor seine Ausgangsthese von der Demokratie als »neuer Normalität« der Gesellschaft in Deutschland? Wenn man darauf eine Antwort sucht, findet man – nichts. Weder wird die geschichtliche Herausbildung der Demokratie in Preußen-Deutschland noch werden die gesellschaftlichen Kräfte der 1920er Jahre untersucht. Überhaupt führt der Autor so gut wie keine Fakten zur Fundierung seiner Thesen an, sodass die Berufung auf die subjektiven Wirkungsmöglichkeiten der Politik eine etwas luftige Angelegenheit bleibt.

Davon abgesehen stellte die Gründung der Republik 1918/19 einen jener seltenen historischen Momente dar, in dem Geschichte gestaltet werden

²⁸⁸ Hans Mommsen, S. 644

²⁸⁹ Tim B. Müller: Demokratie, Kultur und Wirtschaft in der deutschen Republik, in: Müller/Tooze, S. 259-293

konnte, wo also die »Handlungsmacht der Politik« in der Tat ihren Platz hatte. Da die linken Revolutionäre für diese Situation kein realitätstaugliches Konzept hatten, konnte die SPD relativ ungefährdet ein Macht-sicherungs-bündnis mit den Kräften der alten Ordnung eingehen, wodurch diese in entscheidenden Machtpositionen verblieben, sodass die Republik von Anfang an auf brüchigen Pfeilern stand. Die kommenden Wahlen bildeten diesen Prozess ab, denn nur für einen kurzen Moment gab es bei der Wahl zur Nationalversammlung eine Mehrheit für die Weimarer Demokratie. Da die Anhänger der Republik jedoch bereits bei den nächsten Wahlen zur Minderheit wurden, ist es schon beim Blick auf die Wahlergebnisse verwunderlich, wie die Auffassung von der Demokratie als »neuer Normalität« in Deutschland zustande kommt. Auch mit Blick auf die fortlaufenden Regierungswechsel ist wohl eher davon zu sprechen, dass das *Versagen* der parlamentarischen Demokratie zum Weimarer Normalzustand wurde.

Anfang der 1930er Jahre ergab sich wiederum eine »offene« Situation wie 1918/19, nur mit dem Unterschied, dass die Sozialdemokratie diesmal nicht als Subjekt, sondern als Objekt des Handelns firmierte. Die entscheidende Frage war, was an die Stelle des todgeweihten Staats von Weimar treten würde, und hier ergab sich ähnlich wie 1918/19 erneut ein erheblicher Spielraum für die vom Autor geltend gemachte »Handlungsmacht der Politik«, d.h. für eine Weichenstellung in die eine oder andere Richtung.

In dieser Situation hätte das Konzept des Zu-Ende-Führens der demokratischen Revolution den Kommunisten die Chance gegeben, den nicht lebensfähigen Staat von Weimar durch eine neue Demokratie zu ersetzen. Ob sie damit Erfolg gehabt hätten, muss offenbleiben, denn es konnte gar nicht erst zum Praxistest kommen, weil die KPD mit ihrem Revolutionskonzept keinerlei Aussicht hatte, auf das Geschehen Einfluss zu nehmen. Auf dem Boden des Programms »zur nationalen und sozialen Befreiung« konnte sie die Arbeiterbewegung nur in eine vernichtende Niederlage führen.

Auf der anderen Seite war nicht ausgemacht, welche Spielart einer autoritären Herrschaft an die Stelle der untergehenden Republik treten würde, denn prinzipiell hätte dies auch Papens neuer Staat oder Schleichers massengestütztes Militärregime sein können. Dass es am Ende der NS-Staat wurde, hatte damit zu tun, dass mit Hitler ein Mann an der Spitze des Nationalsozialismus stand, der nicht nur über ein hegemonietaugliches Machtkonzept verfügte, sondern auch ein enormes politisches Gespür besaß und den Weg zur Kanzlerschaft mit äußerster Konsequenz verfolgte.

Der Begriff des Monopolkapitals als Erklärung

Eine andere Theorie des Untergangs verfocht die SED. Als Nachfolgerin der KPD durch die Niederlage Deutschlands in der SBZ an die Macht gelangt, stand sie vor der Aufgabe, sowohl die eigene Herrschaft zu legitimieren als auch die vergangenen Niederlagen zu erklären. Ihre Begründung für die Zerstörung der Republik lautete, dass Adolf Hitler von Reichspräsident Hindenburg »im Interesse der extremsten imperialistischen Kräfte des deutschen Monopolkapitals zum Reichskanzler berufen« wurde, um eine faschistische Diktatur aufzurichten.²⁹⁰ Demzufolge handelte der junckerliche Reichspräsident bei der Machtübergabe an Hitler als bürgerlich-kapitalistischer Klassenvertreter im Interesse des Monopolkapitals.

In anderen Fragen hatte die geschichtliche Forschung in der DDR größere Freiheiten, aber was die Errichtung des Faschismus anbelangt, war an der Herrschaft des Monopolkapitals nicht zu rütteln. Genauer gesagt, war es seit dem VII. Weltkongress der Kommunistischen Internationale 1935 nicht mehr das Monopolkapital als solches, sondern waren es gemäß der dort beschlossenen Faschismusdefinition die »am meisten reaktionären, chauvinistischen und imperialistischen Elemente des Finanzkapitals«, die die Demokratie beseitigten.

Keine Vorherrschaft der Bourgeoisie

Im einen wie im andern Fall hatten die realen Klassenverhältnisse in dieser Theorie keinen Platz. In der Realität war die Bourgeoisie zu keinem Zeitpunkt zur herrschenden Klasse im Deutschen Reich aufgestiegen. Vor dem Weltkrieg war sie als Juniorpartnerin des preußischen Grundadels an der Macht beteiligt, und nach dem Weltkrieg wurde die Republikgründung nur von einer bürgerlichen Minderheitsfraktion getragen, nicht von den ökonomisch und politisch entscheidenden Teilen des bürgerlichen Lagers. Diese Teile waren vielmehr damit einverstanden, dass die SPD in der Novemberrevolution so viel wie möglich der alten Ordnung rettete und dafür sorgte, dass die preußische Militäraristokratie die Reichswehr als wichtigstes Instrument der Macht in der Hand behielt.

Es kennzeichnet das Dilemma der Bourgeoisie, dass ihre maßgebliche politische Vertretung, die Deutsche Volkspartei als Nachfolgerin der Na-

²⁹⁰ Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung, Kapitel X: Periode von Januar 1933 bis August 1939, S. 9f., 12

tionalliberalen, schwächer war als vor dem Krieg. In sich tiefgreifend gespalten, geriet sie immer mehr unter die Vorherrschaft der Schwerindustrie und sank in die Bedeutungslosigkeit ab, sodass schließlich nur noch wirtschaftliche Interessenverbände für das Kapital agierten, aber keine Partei mehr, die die politischen Interessen des »Kapitals im Allgemeinen« vertreten konnte.

Dagegen gelang es dem herrschaftsgewohnten ostelbischen Junkertum wenig mehr als zehn Jahre nach der Weltkriegsniederlage, mithilfe Hindenburgs und der Reichswehr wieder die Macht in die Hand zu bekommen. Allerdings war die Gesellschaft für eine reine Militärherrschaft zu weit entwickelt, sodass der Reichswehrgeneral Kurt von Schleicher als letzter Kanzler der Republik versuchte, in Arbeiterschaft und Kleinbürgertum soziale Stützen für ein von ihm ausgeübtes Militärregime zu finden. Zwar traf er bei der Gewerkschaftsführung auf offene Ohren, aber weil es ihm nicht gelang, Hitler zu isolieren und die NSDAP zu spalten, drohte die Gefahr, dass die Reichswehr in Gegensatz zum Nationalsozialismus geriet, der mit seinem Massenanhang sowohl die endgültige Beseitigung des Parlamentarismus als auch die rasche Wiederaufrüstung Deutschlands garantierte. In dieser Situation entschied sich die junkerliche Kamarilla um den Reichspräsidenten dazu, Schleicher fallen zu lassen und Hitler als Kanzler einzusetzen.

Es war also nicht die Bourgeoisie, sondern der preußische Guts- und Militäradel, als dessen Vertreter Hindenburg die Macht an den Nationalsozialismus übertrug. Die Schwerindustrie als bestimmender Flügel des bürgerlichen Lagers wirkte daran mit, hatte aber nicht das Heft in der Hand.

Ein roter Faden der Fehleinschätzung

Der historische Ursprung der SED-Fehleinschätzung wurzelt in der Vorkriegs-Sozialdemokratie August Bebels, die nach der Reichseinigung 1870/71 fälschlicherweise von einer Herrschaft der Bourgeoisie ausging. Sie erkannte nicht, dass die Schaffung des deutschen Nationalstaats durch Bismarck im Gegenteil dazu diente, die gefährdete Herrschaft des untergehenden preußischen Gutsadels neu zu begründen. Deshalb begriff sie auch nicht, dass in Preußen-Deutschland nach wie vor die Vollendung der bürgerlichen Revolution anstand und man erst in einer späteren Etappe zum Sozialismus übergehen konnte.

Diesen Grundfehler setzte die KPD fort. Fixiert auf die Entwicklung des (Monopol-)Kapitals propagierte sie eine proletarisch-sozialistische Revolution mit der Diktatur des Proletariats als nächstem Ziel, anstatt für die

Ersetzung der lebensunfähigen, von den Kräften der alten Ordnung dominierten Weimarer Republik durch eine neue Demokratie einzutreten. An der fortdauernden Rechtfertigung dieser Politik in der Nachkriegszeit nach dem Zweiten Weltkrieg änderte auch nichts, dass die SED selber in der sowjetisch besetzten Zone die Errichtung einer *antifaschistisch-demokratischen Ordnung* betrieb, zu der die Verteilung des Großgrundbesitzes an Landarbeiter und Kleinbauern unter der Parole »Junkerland in Bauernhand« gehörte.

Obwohl sie so in der aktuellen gesellschaftlichen Praxis die bürgerliche Revolution vollendete, zog sie keine Schlussfolgerungen daraus für eine Neubewertung der Vergangenheit. Vielmehr reproduzierte sie mit der Behauptung einer Herrschaft des (Monopol-)Kapitals in Deutschland das praktisch-politische Versagen der Weimarer KPD theoretisch und verurteilte den historischen Materialismus in der DDR zu einer Kastratenexistenz. Statt den Untergang der Weimarer Republik als Geschichte von Klassenkämpfen zu entschlüsseln und nachzuzeichnen, wie drei in sich gespaltene Klassen mit- und gegeneinander um Einfluss und Macht rangen, mussten die Historiker die Vergangenheit aus dem Begriff des Imperialismus-Monopolkapitalismus heraus entwickeln und die Vielfalt des historischen Geschehens in das Prokrustesbett des Gegensatzes von Proletariat und (Monopol-)Kapital zwingen. Auf diese Weise machte man den Marxismus zu einer wirklichkeitsfernen Ideologie, die weder die geschichtliche Entwicklung noch die Niederlagen der Arbeiterbewegung erklären konnte und die SED schließlich zusammen mit der DDR untergehen ließ.